

Danziger Zeitung

Beitung.

Nr. 18173

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettwickerstraße Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk., durch die Post bezogen 2,75 Mk. — Interale kosten für die sieben geöffneten gewöhnlichen Schriften oder deren Raum 20 Pf. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1890.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 4. März. (Privateleogramm.) Nach der „Volksitz“ ist es nicht richtig, daß bei den Verhandlungen des Staatsräths ein herzlicher Verkehr zwischen dem Kaiser und dem Reichskanzler stattgefunden hat. Fürst Bismarck habe nur ganz kurze Zeit, anscheinend nicht mit besonderem Humor, daran Theil genommen. Der Kaiser sei unausgesetzt von dem austro-türkischen Wunsche beeinflußt gewesen, auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes etwas Ordentliches zu schaffen, und habe den widerstreitenden Herren Baare, Jencke und Stumm gehörig den Standpunkt klar gemacht. Andererseits sei der Kaiser zu den schärferen Repressionsmaßregeln gegen die sozialistische Arbeiterbewegung geneigt. Der Putzer Buchholz habe gesagt, er sei Sozialdemokrat, aber deshalb ein nicht weniger guter Staatsbürger. Der Kaiser fragte, woher er sein elernetes Kreuz habe. Buchholz nannte die Gelegenheit mit dem Hinzufügen er sei auch 1870 schon Sozialdemokrat gewesen. Der Kaiser habe geantwortet, da werde er auch gelernt haben, daß der Mensch Orde pariren müsse. — Auf das Socialistengesetz werde nicht verzichtet werden, oder wenn doch, so werde die bürgerliche Freiheit von noch größeren Gefahren als bisher bedroht sein.

Linz, 4. März. (Privateleogramm.) In dem Bergwerk Wolfssegge ist ein Streik ausgebrochen.

Brüssel, 4. März. (Privateleogramm.) Der Ministerrath hat beschlossen, auf der Berliner Konferenz alle die Freiheit der Arbeitgeber beschränkenden Vorlagen zu bekämpfen.

Madrid, 4. März. (W. T.) Der Ministerrath hat nunmehr anlässlich der Amnestie beschlossen, den Grafen Benomar, den früheren Botschafter in Berlin, außer Verfolgung zu setzen.

Politische Übersicht.

Danzig, 4. März.

Stichwahl-Nachrichten.

In Brandenburg betrug die Stimmenzahl, mit welcher Ritter gewählt wurde, 7500, diejenige Ewalds (Soc.) 7000 Stimmen.

In Reichenbach-Neurode wurde Dr. Porsch (Centr.) gegen Mehnert (Soc.) wiedergewählt.

In Steinau-Wohlau wurde Leder (freil.) gegen Graf Carmen (cons.) gewählt. Der Wahlkreis war von jener stets conservativ vertreten. Dieser Wahlsieg der Freisinnigen ist um so bedeutungsvoller, als sie im Jahre 1887 hier nur 135 Stimmen zählten und diesmal auch das Centrum ausdrücklich mit den Conservativen zusammenging.

In Verden ist v. Araswaldt-Hardenbostel (Welse) gegen Heine (nat.-lib.) wiedergewählt.

In Gifhorn ist v. d. Decken (Welse) wieder gewählt gegen v. Reben (nat.-lib.).

In Wehlau ist Krämer (nat.-lib.) gewählt gegen Alberth (freil.). Der Wahlkreis war bisher conservativ vertreten, für den Freisinnigen wurden 1887 nur 2422 Stimmen, im 1. Wahlgange 1890 dagegen dreimal so viel, 7278 Stimmen abgegeben.

In Schwarzenburg-Rudolstadt hat nach dem nunmehr vorliegenden definitiven Resultat Rautke (freil.) doch gesiegelt und den Wahlkreis mit 6708 gegen 6286 Stimmen des Nationalliberalen Schönau behauptet.

In Hof hat sich nach der genaueren Feststellung gleichfalls ein anderes Resultat ergeben, als das bisher gemeldete. Nicht Hutschenreuther (nat.-lib.), sondern der freisinnige Kandidat

Raiethel hat mit 10 005 gegen 9968 Stimmen gesiegt und damit den den Freisinnigen 1887 verloren gegangenen Wahlkreis zurückerobern.

In Erding (Hessen-Darmstadt) ist dagegen der freisinnige Kandidat Stengel unterlegen. Der bisherige Vertreter Scipio (nat.-lib.) wurde wieder gewählt. Aber auch hier sind die Cartellstimmen gegen 1887 um beinahe 4000 Stimmen zurückgegangen.

In Minden-Hövelsmar ist Werner (Antisemit) gegen Kersting (nat.-lib.) gewählt. Der Wahlkreis war seit 1867 nationalliberal vertreten.

In Auel betrug die Stimmenzahl Hänel's 17359 gegen 16 156 des Sozialdemokraten Förster.

In Northeim ist Graf Schulenberg (Welse) gegen Echels (nat.-lib.) gewählt. Der Wahlkreis war in der vorigen Legislaturperiode national-liberal vertreten.

In Lüneburg ist Wangenheim (Welse) gegen den bisherigen Vertreter Friedrichs (nat.-lib.) gewählt.

In Randow-Greifenhagen ist v. Osten (cons.) gegen Hörsen (soc.) wiedergewählt.

In Güstrow ist Graf Schlieffen (cons.) gegen Peters (soc.) wiedergewählt.

In Stade ist Bannigsen wiedergewählt gegen Molkenbuhr (soc.).

In Sonneberg-Saalfeld scheint der bisherige Vertreter Witte (freil.) dem Sozialdemokraten Reichshaus unterlegen zu sein. Es fehlen jedoch noch Nachrichten aus einigen Bezirken.

In Siegen sind bis jetzt gezählt für Träger 6333, für Stöcker 9093 Stimmen. Es fehlen noch 115 Wahlbezirke. Der Vorsprung Stöckers ist jedoch nicht mehr einzuhören. Die Nationalliberalen stimmen geschlossen für Stöcker und ihnen verdankt Stöcker abermals sein Mandat.

In Naumburg a. S. ist Hoffmann (soc.) gegen den bisherigen Vertreter Günther (nat.-lib.) gewählt.

In Sangerhausen ist Krause (freil.) gewählt gegen den bisherigen Vertreter Müller (nat.-lib.). Der Wahlkreis war seit dem Jahre 1867 ununterbrochen nationalliberal vertreten und 1887 siegte hier Müller mit 11 930 gegen 7760 freisinnige Stimmen.

In Salzwedel stehen die Chancen gleichfalls gut. Bis jetzt sind für Schulenburg (cons.) 2054, für Neukirch-König (freil.) 2239 Stimmen gezählt.

Nachdem nunmehr in Hof sich statt der anfangs angenommenen Minorität eine Majorität für den freisinnigen Kandidaten herausgestellt hat, und auch Tondern, Sangerhausen und Steinau von den Freisinnigen erobert worden sind, hat die Anzahl derselben genau 70 erreicht. Abschließende Nachrichten fehlen von Wahlkreisen, in denen Freisinnige bei den Stichwahlen bestellt sind, außer aus Sonneberg noch aus Salzwedel und Greifswald. Die Sozialdemokraten haben das dritte Dutzend erreicht und — überschritten, wenn auch nur unwesentlich. Jedenfalls ist die freisinnige Partei mit ihren Hospitanten bis jetzt die zweitstärkste Partei im Reichstage.

Bei den Stichwahlen haben die Freisinnigen folgende Wahlkreise erobert:

Von den Nationalliberalen: Karlsruhe (Fieser) Pfüger, Friedberg und Gießen Gussleisch, Jena Wölfer, Waldenburg Eberth, Oldenburg Hinze, Rostock v. Bar, Weimar Samhammer, Gotha Jangenmeister, Löwenberg Friedländer, Wolfenbüttel Schröder, Sangerhausen Krause, Tondern Seelig, Hof Raiethel. Von Centrum: Wiesbaden Funk.

Von den Conservativen: Ostholstein Ruge, Gorau Jeckle, Schmalzalde Willich, Mühlhausen Horowitz (gegen den Hausherrn v. Wedell-Pieckendorf), Lippe-Schaumburg Langerfeld, Delitzsch Dr. Hirsch, Schwerin Striegau Director Stephan, Arnsmalde-Friedeberg Forckenbeck, Jerichow Wölmer, Steinau Leber.

Von der Reichspartei: Ohlau-Nippisch Goldschmidt.

Von den Sozialdemokraten: Breslau-West Vollrath.

Illusion, als sieben dem Sänger diese Lüne, diese Worte, diese Geberden nur eben ganz von selbst, das erste Mal ein. Das norddeutsche Element in der Natur des Sängers gab sich nur von der besten Seite zu erkennen: in der zu herrlichster Reise gediehenen Überlegung, die voraufgegangen, und in der markigen Kraft, die in der Ausführung gegenwärtig war: Masaniello erschien in der Person des Sängers sofort als der geborene Gebieter seiner ganzen Umgebung. An Feuer aber und Geschmeidigkeit war Herr Lederer ganz Italiener: er hätte diesen Masaniello mit dem größten Beifall ganz ebenso wohl in dem südlichen Benedig spielen können, wie er es vor dem diesmal wenig dankbaren nordischen Benedig hat. Das Haus war leider wenig gefüllt und schien auch die Vorübung des Sängers nicht in dem Maße zu würdigen, wie sie es verdienten. Um so weniger darf die Kritik es versäumen, die hohe Vor trefflichkeit dieser Leistung nach der heroischen wie nach der lyrischen, nach der gesanglichen wie nach der schauspielerischen, nach der sinnlichen wie nach der geistigen Seite der Rolle rühmend anzuerkennen. In letzterer Beziehung war z. B. die Darstellung des durch Gisi in Masaniello bewirkten Wahnsinns auch schauspielerisch ein Meisterstück. Die deutschen Eigenschaften des Sängers, die französischen der Composition, an der übrigens auch manche Züge von Beethovenischer Art auffallen, und die italienischen der Rolle verschmelzen so zu einem Ganzen, dessen Schwerpunkt die Individualität des Sängers ist: die drei Grazien der Oper schütten aber nur selten ihre Gaben so über einem Hauptheil.

Was von der Besetzung der Oper: Fenella — Irl. Schacko, Elvira — Fr. v. Weber, Alfonso — Hr. Lunde, Piero — Hr. Dässing, Elvira —

In den bisher bekannten 139 Stichwahlen sind gewählt:

	zusammen bis jetzt gewählt:
Conservative	13 64
Frei-conservative	7 21
Nationalliberale	21 37
Freisinnige	49 70
Centrum	13 104
Sozialisten	17 37
Welfen	7 10
Volkspartei	8 10
Polen	2 16
Antisemiten	2 3

Cartell und Freisinn nach den Wahlen.

Bezüglich des Gebahrens der „Röhr. Ztg.“ in ihrem von uns heute Morgen gekennzeichneten Artikel „Proficiat“ macht die „Lib. Corr.“ noch folgende Bemerkungen: Als vor 3 Jahren durch Piränsäure und Minenbomben, durch Breiter und Baracken, durch Turbos und Rosaken die deutschen Wähler so geängstigt wurden, daß sie eine aus den Cartellparteien bestehende Majorität wählten, wurde der deutsche Michel als ein Ausbund von Weisheit dargestellt und der „Gesundheit des Volkes“ gepriesen. Jetzt schlägt die „Röhr. Zeitung“, die ungebilligte Mehrheit des deutschen Volkes. Sie prophezeit, daß die neue Reichstagsmehrheit „aller Welt zum Greuel und Abschrecken werden wird“. Die deutsche Nation werde in neuen Kämpfen versuchen, das harte Joch abzuschütteln, welches ihr die „unwissenden Schichten“ auferlegt hätten. In Deutschland gebiete der Kaiser und der Bundesrath, und das Cartell dankt seinem Schöpfer, daß es so ist; lieber der Reichstag sinkt, desto höher steigen Kaiser und Bundesrath in der Werthschätzung der Nation. Was ist denn das für eine „Nation“, welche einen so schroffen Gegensatz zu der deutschen Wählerschaft bildet? — Nun, wer einen Prozeß verloren, hatte nach aldeutscher Sitte das Recht, drei Tage lang über die Gegenpartei und auch die Richter, welche hier die deutsche Wählerschaft gebildet hat, zu schimpfen. Die Cartellparteien haben z. B. ihrer Herrschaft großen Nebenmühl zur Schau getragen, nun zeigen sie sich durch eben so große Würdlosigkeit, während die freisinnige Partei, als sie unter dem Cartell durchgefallen, niemals würdelos und auch niemals verzagt gewesen ist. Sie ließ sich nicht abschrecken, sondern hielt einfach an ihren als richtig erkannten Grundsätzen fest, die ja doch früher oder später wieder zur Geltung kommen mußten. Ebenso wenig wird sie sich in besseren Zeiten dazu verleiten lassen, übermuthig zu werden, wie es die Cartellparteien z. B. ihrer Macht waren, und so die Interessen des Volkes zu vernachlässigen.

Die deutschfreisinnige Partei wird noch wie vor sachlich und unparteiisch alle Vorschläge der Regierung prüfen und all' dem gern zustimmen, was eine Verbesserung der gegenwärtigen Lage enthält. Die freisinnige Partei hat sich durch nichts einängstigen lassen, sie läßt sich auch durch nichts locken, sondern folgt in guten und bösen Tagen den bewährten alten politischen Grundsätzen.

Socialistengesetz und Arbeiterschutz.

Aus den Verhandlungen des Staatsraths ist nachträglich eine Neuherstellung des Staatsraths berichtet worden, die vielfach kommentiert wird. Obgleich die „Post“ neulich die Schlussanrede des Kaisers anfänglich im Wortlaut mißverstanden, wird jetzt, wie erwähnt, gemeldet, der Kaiser habe, indem er die Frage der Sozialdemokratie als unabhängig von derjenigen des Arbeiterschutzes bezeichnete, bezüglich der Sozialdemokratie bemerkt, das sei seine Sache, er werde schon damit fertig werden. Ob die Neuherstellung wörtlich so gelautet hat, ist anscheinend nach zuverlässigen Mitteilungen zweifel-

haft. Zum wenigsten wird in Abrede gestellt, daß die Mitteilungen den Sinn, den der Kaiser damit verbunden hat, richtig wiedergeben. Anscheinend sollte nur hervorgehoben werden, daß die Weiterbildung der Arbeiterschulung gelehrt aus sozial jurenden Gründen erfolge, nicht aber, um der Sozialdemokratie Abbruch zu thun. Ueber die weiteren Absichten der Regierung bez. des Sozialistengesetzes steht auch jetzt noch nichts fest. Die Melbungen, daß dem nächsten Reichstage eine Vorlage wegen Erlass des Sozialistengesetzes zu gehen solle, sind ebenso voreilig wie diejenigen, daß die Regierung entschlossen sei, das Sozialistengesetz mit Ende September außer Kraft setzen zu lassen. Dass Erwägungen in der letzteren Richtung stattgefunden haben, und zwar nicht erst in der letzten Zeit, wird auch, wie uns unser Berliner Corrrespondent schreibt, an unterrichteten Stellen zugegeben. Man will wissen, daß in diesem Punkte schon bei dem Schlus des vorigen Reichstages Meinungsverschiedenheiten bestanden haben, die endgültig auch jetzt noch nicht ausgetragen sind. Dass der Staatsrath die allgemeine gesetzliche Einführung von Arbeiterausschüssen nicht befürwortet hat, wird zuverlässig bestätigt. Man nimmt anscheinend an, daß der Vorgang der fiscialischen Bergwerke, von denen in Saarbrücken bereits der Anfang gemacht worden ist, die Verwaltungen der Privatbergwerke veranlassen wird, freiwillig Arbeiterausschüsse einzuführen. Dem kaiserlichen Erlassen vom 4. Februar gegenüber enthält der Beschluß bezüglich der Arbeiterausschüsse zweifellos eine Einschränkung des Programms.

Die Parteiconstellation im neuen Reichstage.

Während bei den ersten Wahlen am 20. Februar die Erfolge der Sozialdemokratie am meisten hervortraten, haben bei den Stichwahlen die Freisinnigen eine sehr viel größere Zahl von Mandaten erhalten, als erwartet worden. Zunächst freilich wird die freisinnige Partei nicht in ihrer ganzen Stärke in den Reichstag eintreten, da dieselbe nicht weniger als 6 Doppelmandate hat, so daß eine entsprechende Zahl von Nachwahlen stattfinden muß. Im übrigen ist nachgerade nicht mehr davon zu zweifeln, daß der neue Reichstag ebenso wie der frühere eine conservativ-clericale Majorität haben wird, denn so sehr sind die Conservativen nicht geschwächt worden, daß sie mit dem Centrum und dessen Hospitanten zusammen nicht die Mehrheit bilden können. Die „Germania“ berechnet den Gewinn des Centrums voraussichtlich auf 4 Mandate, dazu kommen aber noch 4 welfische Hospitanten, da im ganzen bis jetzt 10 Welfen bereits gewählt sind. In der That bereitet sich die „Germania“ bereits auf eine conservativ-clericale Aera vor, indem sie den Versuch macht, die Deutschconservativen vom Cartell zu trennen. Zu den Hoffnungen, mit denen das Cartell sich trug, hat bekanntlich auch bereits die „Nordde. Allg. Ztg.“ ihr Theil beigetragen, als sie neulich constatierte, daß die beiden Parteien, welche am entschiedensten auf dem Boden der Wirthschaftspolitik des Reichskanzlers stehen, den Wahlkampf am besten bestanden hätten. Der Unterschied ist freilich der, daß das Centrum mehr und die Deutschconservativen weniger Mandate haben werden als im letzten Reichstage. Dass die Deutschconservativen fast ausschließlich vom Cartell Nutzen gezogen haben, läßt sich angesichts der großen Verluste der Nationalliberalen und derjenigen der Reichspartei, die auf die Hälfte ihren Mitgliedern reduziert ist, nicht mehr in Abrede stellen. Die Nationalliberalen haben eben den Conservativen den deutschen Osten fast ohne Widerspruch überlassen.

Nach Constant's Rücktritt.

Die Pariser Zeitungen fahren fort, die Lage des

wir uns als langjährige Milesen Ihres Blattes von 1848, damals unter dem Namen „Die Wogen der Zeit“, verpflichtet fühlen, diesen Artikel als langjährige Arbeit, d. h. Gesellen und Meister, selbiges richtig zu stellen resp. zu beleuchten.“

Dass der damals veröffentlichte Ausschluß doch nicht so sehr großen Unsinne enthielt, wenn ich auch ohne weiteres zugebe, daß ich die hiesigen Verhältnisse durch Anschauung nur auf der Niederstadt und den Ortsteilen bis Neufahr hin kenne, dafür noch ein Citat aus jenem Brief. Der unbekannte Verfasser, ein alter kleiner Handwerkermester, schreibt:

„Wie schon gesagt, sind die Arbeiter-Wohnungen vor dem Thore, d. h. in den Außenwerken, spottbillig (der Briefschreiber ist nämlich dresdner Hauseigentümer, hat aber im ganzen Reich), der heutigen Theuren Zeit angemessen. Auf der Niederstadt war es so, wie es in dem Artikel heißt, aber auch während der Zeit, daß die Arbeiter in der königl. Gewehrfabrik viel Beschäftigung fanden, heute ist es auch nicht mehr so. Das kam dadurch, weil die guten Arbeiter zu saul waren, und der Frau auch das Mittagbringen zu weit wäre. Da haben diese Fabrikarbeiter sich förmlich überboten, um dort eine Wohnung zu bekommen.“

Junächst sage ich: es ist heute noch sehr schlimm dort; ich könnte Ihnen Wohnungen vorführen, vor welchen jedem Eintritt grauen muß. Ich kenne aber auch viele Familien, welche mit rührender Treue seit zwanzig und mehr Jahren an solchen Wohnungen festhalten und welche helle, gesunde, preiswerte Wohnungen noch ganz anders in Ehren halten würden. Was nützt es, zu fragen, warum die Arbeiter nahe der Arbeitsstelle wohnen wollen. — Wie müssen mit der Thatsache rechnen, daß um die Fabriken herum die kleinen Wohnungen eine die

Ministeriums zu besprechen. Das „Journal des Debats“ kommentiert besonders die Ernennung eines Radikalen und sagt, die gemäßigten Republikaner wollen nicht, daß die Regierung ihre Parole von den Radikalen empfange. Das Cabinet habe sich nicht um die Zustimmung und Mitwirkung der gemäßigten Republikaner gekümmert. Diese hätten daher weder die Pflicht noch die Regierung gehabt, die Regierung gegen die wohlverdiente Un dankbarkeit der Radikalen zu verteidigen. Die opportunistische „République française“ verbleibt bei ihrem Verlangen nach einem Programm des Cabinets und bemerkt zum Schlus, daß die Mehrzahl der Republikaner der Kammer durchaus governemental sei. Sie verabscheue Kriegen und habe die Pflicht, die Regierung am Selbstmord zu hindern. Die radikale „Justice“ meint, der allgemeinen Bewunderung über den Rücktritt Constans' gefalle sich unter den Republikanern ein wenig Beunruhigung hinz. — Die „Autorité“ kündigt den Rücktritt der Minister Taze und Salières (Ackerbau und Unterricht) als nahe bevorstehend an.

In der Deputiertenkammer hat jedoch gestern die Regierung schließlich einen gerade im gegenwärtigen Augenblick für sie sehr wertvollen Sieg erfochten, indem mit 249 gegen 200 Stimmen eine von Barthou beantragte und von der Regierung acceptierte Tagesordnung angenommen wurde, welche sagt, daß die Kammer der Regierung vertraut und überzeugt ist, dieselbe werde eine entschieden republikanische Politik in Ueber einstimmung mit den Wünschen des Landes führen. Die Interpellation Laut über die Berliner Konferenz wurde auf Donnerstag verschoben.

Ruhestörungen in Portugal.

Wie aus Lissabon gemeldet wird, sand am Sonntag Abend im Gelubal anlässlich der Verhaftung eines Ruhestörers ein Aufstand statt. Militär mußte gegen die erregte Menge einschreiten, wobei einige Soldaten und ein Major vom ersten Jägerregiment durch Steinwürfe verletzt wurden. Auch mehrere der Tumultanten wurden verwundet. Von hier und von Evora sind Truppenverstärkungen nach Gelubal abgegangen, was auf eine lebhafte Gährung schließen läßt.

Auch gegen England scheint die Stimmung noch immer sehr erregt zu sein. Einen indirekten Beweis hierfür liefert die Thatfrage, daß die Anleihe des Gemeindezahls von Lissabon, deren Erlös für den Landesverteidigungsfonds bestimmt ist, zwangsläufig gezeichnet wurde.

Die bulgarische Anerkennungsfrage.

Die „Polit. Corresp.“ erfährt von authentischer Seite aus Sofia, die bulgarische Regierung habe in Konstantinopel keine formelle Aktion in der Anerkennungsfrage unternommen. Der bereits gehane Schrift vertraulichen Charakters habe in der Übergabe eines nichtamtlichen Schreibens Stambulows an den Großvater bestanden, in welchem die Frage gestellt wurde, ob die Pforte den Zeitpunkt nicht für gekommen erachte, die bulgarische Frage durch Anerkennung des Prinzen Ferdinand als Fürsten abzuschließen. Das Schreiben hebt hervor, daß die Pforte und Russland die Geschicklichkeit des Rechtszustandes anerkennen, so oft es sich um die Entgegennahme der bulgarischen Zahlungen handle, um sodann bis zur nächsten Zahlungsfrist die Anerkennung wieder zu verweigern — ein Zustand, der im allgemeinen Interesse beendet werden müßte.

Gefecht zwischen Franzosen und Eingeborenen von Dahomey.

Wie aus Paris gemeldet wird, sind französische Truppen nördlich von Atonu von 800 Eingeborenen von Dahomey angegriffen worden. Letztere wurden mit einem Verlust von etwa 100 Toten und Verwundeten zurückgeschlagen. Der Verlust der französischen Truppen wird auf einen Toten und 3 Verwundete angegeben. Voraussichtlich wird es noch zu weiteren und ernsteren Zusammenstößen kommen.

Thätigkeit der provisorischen Regierung in Brasilien.

Nach neueren Berichten aus Rio de Janeiro hat die provisorische Regierung der brasilianischen Republik für die Ausarbeitung der neuen Wahlordnung sowie des Verfassungs-Entwurfs je eine aus drei Mitgliedern bestehende Commission ernannt. Die Vornahme der allgemeinen Wahlen für die konstituierende Versammlung ist auf den 15. September und der Zusammensetzung dieser letzteren auf den 15. November d. J. anberaumt worden. — In Folge der staatsgefundenen Militär-Revolte hat die provisorische Regierung ein Decret erlassen, welches alle jene Personen, die direct oder indirect auf den Umsturz der gegenwärtigen politischen Ordnung in Brasilien hinzuwirken, einem hierfür speziell eingesetzten Militärgericht überantwortet

Kräfte des Arbeiters übersteigende Miete bringen, daß der Hauswirth kein Interesse an einer sorgfältigen Reparatur und Instandhaltung seiner Wohnungen hat, weil an die Stelle eines unzufriedenen Miethers, welcher kündigt, zehn andere treten, welche auf seinen Wegzug warten. Um mich bei dieser Frage nicht zu lange aufzuhalten, erwähne ich nur, daß auch eine zu weit von der Arbeitsgelegenheit entfernte Wohnung sehr viel Bedenkliches hat. Welch einen traurigen Anblick gewährt das Familienleben des Mannes, der täglich von Oliza vor Sonnenaufgang nach Neufahrwasser zur Arbeit pilgert und Abends im Dunkel nach Hause kommt. Da soll ein kleiner Junge seine Mutter gefragt haben: Mama, wer ist der fremde Mann, der jeden Sonntag nach durchprügt?

Ersterer schon ist die Frage, ob nicht durch Herstellung von Arbeiter-Wohnungen seitens mildthätiger Vereine oder Stiftungen die Hauswirths geschädigt werden, gleich jenem biederem Meister, der aus Furcht, sein sauer erarbeitetes Kapital könne bedroht werden, den sechs Seiten langen Brief schrieb, aus welchem ich Ihnen einiges vorlas. Wenn wirklich die Not so groß ist, wie ich sie zu schildern versuchte, wenn von schlechten Wohnungen wirklich soviel körperlicher und stiftlicher Verkommenheit herstammen — und es ist wirklich so, wie ich es geschildert habe, — das ist schon Grund genug zu zugreifen und zu helfen. Aber, wie jemand gesagt hat, es ist wohl zu beachten, es steht hier der Hausespartei keine starke Baissepartheid gegenüber. Der Preis der Wohnungen ergiebt sich in gewissen Stadtgegenden nicht nach Angebot und Nachfrage, sondern die Nachfrage ist weit größer als das Angebot. Daher kommt es, daß so viele Familien in den teuren schlechten Wohnungen zu Grunde gehen. So gemäß der Staat berechnigt

und mit den nach dem Militärgebot für das Verbrechen des Aufwuchs geltenden Strafen bedroht. Angesichts des Zustandekommens der jetzigen provisorischen Regierung aus einer Militärrevolution sei es nicht un interessant, wie diese Regierung selbst sich mit derartigen Erscheinungen abzufinden gedenkt.

Abgeordnetenhaus.

19. Sitzung vom 3. März.

Zweite Berathung des Justiz-Stats. Beim ersten Theil der Ausgaben. Gehalt des Ministers, kommt

Abg. Biezenbach (Centr.) auf die von ihm schon im vorigen Jahre urgute Vermehrung der unbesoldeten und außerstaatlichen Assessoren zurück. Die Zahl dieser Assessoren ist innerhalb von 1800 von 1800 gestiegen. Wir haben hier auch ein Stück sozialer Frage vor uns. Man kann vom Staate verlangen, daß er etablierten Stellen, deren er wirklich bedarf, auch etatmäßig besetzt. Thatsächlich werden viele Geschäfte von Assessoren besorgt, die vom Richter besorgt werden müssen. Die Zahl der letzteren ist zu gering, namentlich in der Rheinprovinz, und das Hilfsschreiterthum, an sich schon im Widerspruch mit dem Geiste der Gerichtsverfassung, muß das Streberthum bestrafen. Ich hoffe, daß der Justizminister im nächsten Etat durch eine Vermehrung der etatmäßigen Stellen Remedium schaffen wird.

Geh. Justizrat Eichholz: Die Justizverwaltung ist weit davon entfernt, die Assessoren auszunehmen, um an den etatmäßigen Stellen etwas zu sparen. Neue etatmäßige Stellen schaffen wir, wo ein Bedürfnis vorhanden ist. Auch wird darauf Bedacht genommen werden, die Hilfsschreiterstellen thunlich zu beschränken. Dagegen glaube ich behaupten zu dürfen, daß eine Vermehrung der etatmäßigen Stellen niemals dazu führen wird, die Lage der Assessoren dauernd zu verbessern. In Preußen werden alljährlich 600 Referendare zu Gerichtsassessoren ernannt, während in unmittelbarem Justizthum, d. h. als Richter und Staatsanwälte, jährlich nur etwa 120—130 Assessoren Verwendung finden. Durch eine Vermehrung der Richterstellen würde den großen Andrang zum Rechtstudium nur Vorhersage geleistet werden.

Abg. Olzem (nat.-lib.): Auch ich glaube, daß das Hilfsschreiterthum nicht dem Geiste der Gerichtsverfassung entspricht. Unsere angestellten Richter sind unabkömig und unabkömig. Das kann man von den Hilfsschreitern nicht sagen. Ich möchte also vor allem im Interesse des Publikums den Minister bitten, auf eine möglichste Vermehrung der etatmäßigen Stellen hinzuwirken. Schließlich möchte ich den Minister fragen, wie es augenblicklich mit dem Entwurf zum Bürgerlichen Gesetzbuch steht.

Minister v. Schelling: Die augenblickliche Lage, in welcher sich das bürgerliche Gesetzbuch befindet, ist die, daß die einzelnen Regierungen Stellung zu nehmen haben zu dem von der Commission verfaßten Entwurf. Der Reichskanzler hat den Einzelregierungen eine Reihe von praktisch wichtigen Fragen zur Beantwortung vorgelegt. Bevor sich die preußische Regierung schließlich macht, würde daraus Werth zu legen sein, daß die Stimmen von Männern, die mittler im Volksleben stehen, für die Zwecke des Entwurfs nutzbar gemacht werden. Die Vertretungen der Landwirtschaft, zahlreiche Handelskammern haben bereits ihre Wünsche und Vorschläge verlautbart. Ich habe es für nothwendig erachtet, auch praktische Juristen zu hören, und habe mich deshalb entschlossen, eine Reihe von bewährten Richtern aus verschiedenen Provinzen nach Berlin zusammen zu berufen, damit unter ihrer Mitwirkung die einzelnen vom Reichskanzler vorgelegten Fragen abschließend durchberaten werden. Der allgemeine Theil des Entwurfs ist in dieser Weise bereits erledigt. Ich hoffe, daß die ganze Durchberathung innerhalb Jahresfrist zum Abschluß gelangt. Es wird allerdings noch vieler Jahre mühevoller Arbeit bedürfen, um eine Vereinbarung zwischen den verbliebenen Regierungen und mit dem Reichstag herzustellen. Die Schwierigkeit liegt nicht bloß in der Massenhaftigkeit der Aufgabe. Was am schwierigsten zu einem Ausgleich zu bringen ist, die Verschiedenheit der in Deutschland geltenden Rechtsysteme und die im deutschen Volksharakter wurzelnde Abhängigkeit an ererbten Gewohnheiten. Das Bestehe der fünfjährigen Legislaturperiode im Reich ist dem Zustandekommen des Werkes offenbar günstig. Immerhin wird sich später die Frage aufdrängen, ob nicht eine Aenderung in dem hergebrachten Geschäftsgange zwischen Bundesrat und Reichstag notwendig werden wird, um sich den Dimensionen dieser Aufgabe gewachsen zu zeigen.

Abg. Langerhans (freif.): Ich beschwerte mich darüber, daß dem freisinnigen „Tertialen Kreisanzeiger“, welcher 30 Jahre lang besteht, die gerichtlichen Anzeigen entzogen worden sind zu Gunsten des viel weniger verbreiteten, erst vor zwei Jahren gegründeten conservativen „Tertialen Tageblattes“.

Abg. v. Tieyer-Arnswalde bespricht die Gehaltsverhältnisse der Richter und meint, daß man den unbefoldeten Assessoren, wenn man ihren Dienst in Anspruch nimmt, wenigstens Diäten bewilligen müsse.

Geh. Justizrat Eichholz: Um die vorhandenen Unzuträglichkeiten zu beseitigen, fehlt es an den Mitteln, welche nothwendig sind, um an die Aufbesserung der Gehälter der höheren Beamten zu gehen.

Abg. Bödiker (Centr.): Die Dörferberatungszeit der Referendare bei den Amtsgerichten ist von 6 auf 9 Monate erhöht worden, sie wird aber auf 1 Jahr oder 1½ Jahre erhöht werden müssen. Die Gerichtsassessoren sind auch mangelschäftig und haben ein mangelfhaftes Avancement. Die Zahl der angestellten Richter steht in keinem Verhältniß zu der Zunahme der Bevölkerung und der Geschäfte. Seit 1879

ist, den wegen Wuchers zu bestrafen, welcher mehr als 6 Proc. Zinsen für ausgeliehenes Geld nimmt, so gewiß muß er auch berechtigt sein, für Wohnungen eine Grenze der Prosperität zu ziehen. Der Staat und die Communen werden schon ohnehin genug geschädigt. Unsere Stadt zahlt an Armen-Unterstützungen jährlich 600 000 Mk., obgleich sie nach dem Grundsatz verschärf und verschärfen muß, daß die Nothleidenden aus dem Stadtbüchlein eben nur vor dem Hunger zu schützen sind. Aber was geschieht? Leichtsinnige Mietherr legen es geradezu darauf an, daß ihnen alle Sachen abgepfändet werden und daß sie ermittelt werden, denn dann fallen sie der Armenpflege zur Last und haben ein besseres Leben als vorher.

Auf der Niederstadt zahlte man für Zimmer und Küche je nach der Lage der Wohnung 10 bis 15 Mk., also im Durchschnitt 12,50 Mk., ein Arbeiter verdient jetzt durchschnittlich 50 Mk. pro Monat, macht auf die Wohnung 22,50 Proc. des Einkommens. Verdient er hin und her mehr, so muß er auch für Wasserklaus und allerlei Kleinigkeiten bluten, so daß der Nebelstand, daß er etwa den viersten Theil des Einkommens auf die Wohnung verwenden muß, hier wie überall hervortritt. Und das in einer Stadtgegend, welche trotz Canalisation das Wohnen zu ebener Erde bedenklich macht. Einige bessere Wohnungen, Zimmer, Cabines, Rüche, kosten je nach der Lage 15—22,50 Mk.

Nieße Wohnhäuser nach Art des Müllerstraße 31 in Berlin finden Sie in diesem Stadtteil nicht, vorhanden sind sie auch; dagegen finden Sie dieselben, natürlich in kleinerem Maßstab, in den ältesten Theilen der Stadt, in welchen einzelne Häuser geradezu Brüderstätten des Lasters und der Krankheit sind.

(Forts. folgt.)

hat die Zahl der Richter um 2 Proc. zugenommen, die Zahl der Geschäfte bei den Amtsgerichten um mehr als 2 Proc., bei den Landgerichten um 10 Proc., bei den Ober-Landesgerichten um 385 Proc. Die Bevölkerung hat um 10 Proc. seitdem zugenommen. Es ist ein ungeänderter Zustand, daß die Assessoren erst mit einem Durchschnittsalter von 31 Jahren zur Anstellung kommen. Für die Geschäfte an den Landgerichten werden vielfach Amtsrichter zugezogen und dafür wieder an den Amtsgerichten unbedarfte Assessoren. Die Gerichtsassessoren könnte man lieber für die Geschäfte der Amtsgerichte heranziehen. Unter den Assessoren herrscht Mischung darüber, daß bei der Anstellung nicht die Anciennität, sondern die Auswahl maßgebend ist. Ich wünsche die Grundsätze kennenzulernen, welche dabei befolgt werden. In einem Falle soll ein Assessor einmal mehr als 100 Vorbermänner vorgezogen sein. Bei der Verförderung in die Ober-Landesgerichte kann natürlich die Anciennität nicht entscheiden. Richtig ist aber nicht, daß sie bei der Verziehung vom Amtsgericht zum Landgericht befolgt wird. Geh. zu beklagen ist, daß bei den Ober-Landesgerichten die Centralisation zu groß ist; der Ober-Landesgerichtspräsident wird seinem eigentlichen Richteramt ganz entzogen. Es wird auch viel zu viel reglementiert. Jeder neue Ober-Landesgerichtspräsident reglementiert, daher müßte jede Verfügung dieser Behörden dem Justizministerium abschließlich mitgeteilt werden. (Gehr richtig!) Die ersten Staatsanwälte sollen die gegen die Urtheile der Schöffengerichte eingetragten Berufungen der Amtsgerichte nur dann aufnehmen, wenn sie Aussicht haben, damit durchzukommen. Ein Ober-Staatsanwalt soll aber die Staatsanwälte angewiesen haben, diese Berufungen nicht zu häufig zurückzuweisen, damit die Amtsgerichte nicht an Ansehen verlieren und in ihrer Dienstfreudigkeit beeinträchtigt werden. Diese Dienstfreudigkeit kostet uns aber Geld, wenn dann in den Verhandlungen die Berufung zurückgewiesen wird und die Staatsanwaltschaft die Kosten zu fragen hat. Besteht wirklich eine solche Verfügung eines Ober-Staatsanwalts, so muß sie sofort beseitigt werden. Schließlich möchte ich den Minister fragen, wie die Erwägungen hinsichtlich der bedingten Strafvollstreckung stehen.

Minister v. Schelling: Manche Ausführungen des Vorredners erkenne ich durchaus als richtig an, in anderen Punkten muß ich entgegenwidern. Dem Grundsache, bei der Anstellung der Gerichtsassessoren zu Amtsrichtern nach der Anciennität zu verfahren, stimme ich durchaus bei. Ich glaube aber nicht, daß der Vorredner selbst diesen Grundsatz mit mathematischer Genauigkeit durchgeführt will. Der Justizminister ist dafür verantwortlich, daß an jede Stelle auch der dafür geeignete Mann gebracht wird. Wenn aber behauptet ist, daß ein Gerichts-Assessor 100 Vorbermänner vorgezogen sei, so muß ich bestreiten, daß eine solche Ernennung unter meiner Mitwirkung erfolgt wäre. In dem Punkte, daß die Staatsanwälte nicht zu häufig die Berufung der Amtsgerichte annehmen sollten, stimme ich vollständig mit dem Abg. Bödiker überein. Wenn er aber sagt, es sei eine Anweisung ergangen, die Berufungen der Amtsgerichte nicht zurückzuweisen, weil dadurch das Ansehen derselben geschädigt würde, so ist mir eine solche Verfügung nicht bekannt, sonst würde ich sie kritisieren. Das System der bedingten Beruftheilung will, daß bei Vergehen von solchen Personen, die früher noch keine Strafe erlitten haben, die Gerichte ermächtigt werden sollen, die Vollstreckung der Strafe auf Probezeit festzusetzen, mit der Wirkung, daß, wenn die Probezeit verläuft, ohne daß wieder eine neue Strafhaft begangen wird, die Strafe dann als erlassen gilt. Ich habe darüber die Gutachten von den Oberlandesgerichten eingefordert; diese sind bisher nicht vollständig eingegangen.

Abg. Bödiker (freif.): Der Ober-Landesgerichtspräsident für Schlesien, hr. v. Auwowski, hat eine Verfügung erlassen, wonach es nach Möglichkeit zu vermeiden ist, Juden zu Geschworenen zu wählen. (Bewegung links.) Die Verfügung verstößt gegen die Gesetze, und zwar nicht bloß gegen das Gerichtsverfassungsgesetz, sondern auch gegen die Art. 2 und 12 der Verfassung und gegen das Bundesgesetz vom 3. Juli 1869. Ich meine, je höher jemand in der Justizverwaltung steht, desto genauer sollte er die Gesetze kennen und beobachten. Aus diesem Grunde bin ich weit entfernt, an den Herrn Justizminister die Frage zu richten, ob er diese Verfügung für Schlesien billigt, sondern ich bitte ihn nur, von der Sache Kenntnis zu nehmen und die Maßnahme, welche nur demüthig wirken und die Unzufriedenen im Lande, deren wir schon genug haben, nur vermehren kann, so bald wie möglich aus der Welt zu schaffen. (Beispiel links.)

Justizminister v. Schelling: Ich muß sagen, es ist mir nicht recht verständlich, wieviel der Ober-Landesgerichtspräsident nach Lage der Gesetze im Stande sein sollte, eine Einwirkung auf die Wahl der Geschworenen auszuüben. Daß eine solche Verfügung wirklich erlassen ist, möchte ich bezweifeln. Da der Abg. Bödiker darüber überzeugt ist, daß sie wirklich existiert, so werde ich auf dieses Zeugnis hin den betreffenden Präsidenten fragen, ob er eine solche Verfügung hat. Ich meinerseits würde eine derartige Verfügung nicht billigen.

Abg. Krause (nat.-lib.): Bezuglich der Frage der bedingten Beruftheilung halte auch ich eine gründliche, allseitige Prüfung für nothwendig. Eine ungleich brennende Frage aber ist die der Entschädigung unschuldig Verurteilter. Dasselbe gilt von der Reform des Strafvollzugs. Wir wollen nicht, daß unsere Gefängnisanstalten Logthäuser werden; nach unserer bestehenden Gesetzgebung sind die Zuchthäuser zum Theil in der That Logthäuser für eine Kategorie von Menschen, welche dort ein viel besseres Leben führen, als in der Freiheit. Auch die Berufung gegen Urtheile der Strafkammern muß eingeführt werden, trotz aller entgegenstehenden theoretischen Bedenken. Auch läßt die Einrichtung unserer Strafkammern noch viel zu wünschen übrig. Der Erfolg des früheren Justizministers, wonach er die Neuordnung der Amtsgerichte und der Landgerichte vorgenommen sei, wird leider den größten Theil nicht befolgt; viele Mitglieder sind schon seit 1879, seit der Reorganisation, in den Strafkammern.

Abg. Bödiker (Centr.): Die etatmäßigen Richterstellen müssen unbedingt vermehrt werden, das ist von allen Seiten aus dem Hause zugegeben worden. Die Unterscheidung in der Stellung der Amts-, Land- und Ober-Landesgerichtsschreiber ist auf die Dauer nicht aufrecht zu erhalten. Diese Beamten müssen in ihrem Gehalt gleichgestellt werden.

Abg. Ennecerus (nat.-lib.): Ich hält eine völlige Gleichstellung der Gerichtsschreiber der Amts-, Land- und Ober-Landesgerichte nicht für angebracht. Die Folge würde sein, daß von der allgemeinen Gehaltsverbesserung vielleicht eine Reihe von Gerichtsschreibern der Ober-Landesgerichte ausgeschlossen würden. Ein höheres Gehalt sei der leichteren Beamtenkategorie wohl zu gönnen, weil bei ihnen die Nebeneinnahmen für Wahrnehmung auswärteriger Tätigkeiten u. s. w. wegfallen.

Geh. Justizrat Eichholz ist derselben Meinung. Die Gerichtsschreiber der Ober-Landesgerichte seien außerdem besser qualifiziert und im Dienste mehr erprobte, als die Gerichtsschreiber der übrigen Gerichte.

Im Kap. 73 (Ober-Landesgerichte) werden mehr gefordert 8700 Mk. für einen Generalspräsidenten beim Ober-Landesgericht in Breslau und der dazu gehörige Wohngesetzungsraum. Die Commission beantragt, diese Mehrforderung abzulehnen.

Geh. Justizrat Eichholz bittet dagegen, die Forderung zu bewilligen. Nach der Zahl der Amtsgerichte und der Landgerichte ist es nicht unzureichend, daß die Amtsgerichte und die Landgerichte in Breslau nicht fünf Generalspräsidenten, wie bisher, sondern sechs vorhanden sein.

Nach einer längeren Debatte, in welcher die Abg. Korsch (cons.) und Günther (nat.-lib.) für, die Abg.

Windhorst und Eivalina gegen die Bewilligung sprechen, wird die Position abgelehnt. Beim Titel der Staatsanwälte bittet Abg. Schumacher (freicon.) um Gleichstellung der Substitute der Ober-Staatsanwälte mit den Staatsanwälten bei den Landgerichten in Rang und Gehalt. Nächste Sitzung: Dienstag.

Deutschland.

Berlin, 3. März. Der Besuch Kaiser Wilhelms in Petersburg ist nach der „Kreuzig.“ zu den Manövern für Ende August bestimmt zugesagt; die Reise dorthin soll wieder zur See erfolgen.

■ Berlin, 3. März. Nach soeben aus sicherer Quelle uns jüngstener Nachricht treffen Stanley und Wissmann im April in Hamburg ein.

■ Berlin, 3. März. Die Anzahl der Telegramme und Glückwunscharessen, welche der sozialdemokratischen Parteileitung zugegangen sind, ist eine ganz enorme und nächste Woche wird in London eine Feier zum 100. Jahrestag der sozialdemokratischen Wähler bringen wird. Daß die Sozialdemokraten bei den Wahlen gute Geschäfte machen würden, glaubten die Parteiführer selbst nicht; der „hervorragende Mitarbeiter“ des Londoner Centralorgans sprach sich dahin aus, daß bei den Wahlen die Partei mindestens ein Dukzend, vielleicht zwanzig Sitze gewinnen würde. In der ausländischen Presse ist, wohl von clericaler Seite inspiriert, besonders betont worden, daß sich das Centrum wiederum als das stärkste Volkwerk gegen den Socialismus erwiesen habe. Das bedarf jedoch einer Berichtigung. München, die urkatholische Stadt, mit dem Erzbischofssitz hat 2 Sozialdemokraten gewählt; Mainz mit einem Bischofssitz ist ebensowenig in das sozialdemokratische Lager gegangen; trotzdem die Demokraten

mit 6213 Stimmen gegen Verdöhl (Rep.) mit 5976 Stimmen wiedergewählt. (W. L.)

England.
AC. London, 1. März. In der Queens Bench Abteilung des obersten Gerichtshofes gelangte gestern vor Baron Huddleston und einer Sonderjury der von Sir Morell Mackenzie gegen Herrn Edward Steinkopf, Eigentümer der „St. James Gazette“, eingeleitete Prozeß wegen Ehrenkränkung zur Verhandlung. Steinkopf hatte im Mai 1888 von Berlin aus an den damaligen Redakteur der „St. James Gazette“, Dr. Frederick Greenwood, verschiedene Briefe gerichtet, welche mehrere Male in Berlin courtstirende Gerüchte in Bezug auf die Behandlung des verstorbenen Kaisers Friedrich seitens Dr. Mackenzie wiedergaben. So hielt es darin u. a. Mackenzie werde der Verschwörung beschuldigt, weil er obwohl er wußte, daß der Kronprinz am Krebs litt, dies bestritten, damit der Kronprinz nicht von der Thronfolge ausgeschlossen würde, was im Einklang mit dem Gesetz der Hohenzollern sicherlich geschehen wäre, wenn Mackenzie das Vorhandensein des Krebses eingeräumt hätte. Wenn der Kaiser sterbe, werde Mackenzie flüchten müssen, da Material gegen ihn gesammelt werde, das zu widerlegen er schwierig finden würde u. s. w. Diese Briefe gelangten während der Verhandlung eines von Greenwood wider Steinkopf angestrengten Prozesses teilweise zur Verleitung, allein die „Times“ veröffentlichte dieselben angeblich aus Versehen in extenso, in Folge dessen Mackenzie von deren Inhalt kenninrichthielt. Sir Morell Mackenzie wurde als Zeuge vernommen und bestreit, daß er mit irgend jemanden conspierte habe, um die Thronbesteigung des Kaisers Friedrich zu sichern; er wußte überhaupt nicht, mit wem er conspierten hätte können. Der Krebs wurde am 4. März entdeckt und am 12. März bestieg der Kaiser den Thron. Gegen unwahr sei es, daß er nach dem Tode des Kaisers aus Berlin flüchten müsse. Der Vertreter des Beklagten erklärte, Herr Steinkopf bedauere es aufrichtig, daß die von ihm mitgeteilten ungünstigen Gerüchte über Sir Morell Mackenzie durch ein Versehen der „Times“ in die Öffentlichkeit gerietien. Es lag ihm gänzlich fern, Mackenzie persönlich zu kränken. Der Richter entschied indeß, daß wenn jemand eine Ehrenkränkung zu Papier bringe und letzteres aus Händen gebe, er die Folgen tragen müßte. Die Durn schloß sich dieser Ansicht an und erkannte (wie schon telegraphisch gemeldet. D. Red.) dem Kläger eine Schadlosstellungsumme von 1500 Pftr. zu. Eine darauf verhandelte Klage Mackenies gegen die „Times“, wegen Veröffentlichung der Briefe hatte das Ergebnis, daß Sir Morell Mackenzie hinsichtlich dessen, daß die Briefe irrtümlich veröffentlicht wurden, einwilligte, eine Entschädigung von 150 Pftr. nebst Wiederkostung der Prozeßkosten anzunehmen.

Italien.

Rom, 3. März. Der „Osservatore Romano“ veröffentlichte die bereits gemeldete Allocution des Papstes, in welcher es ferner heißt: Die jetzige Zeit ist eine Zeit des heiligen Kampfes der Feinde gegen das Pontifikat. Die Gläubigen müssen sich vereinen, es zu retten. Das Heil der Gesellschaft beruht allein auf der Lehre der christlichen Wahrheit. Es ist nicht richtig, daß dieselbe den modernen Fortschritten zuwiderläuft. Die Mission des Papstes ist es, diese Wahrheiten zu lehren. Die Lenker der Staaten sollten dem Kampfe gegen diese Lehren in Schule und Presse Jügel anlegen. (W. L.)

Serbien.

Belgrad, 3. März. Die neue Handelsconvention zwischen Serbien und Rumänien ist heute hier unterzeichnet worden. (W. L.)

Rußland.

Petersburg, 3. März. Dem „Grafschdanin“ zufolge hat sich das Befinden des deutschen Militärbevollmächtigten Obersch. v. Billaume soweit verbessert, daß die Aerzte eine Operation einstweilen für nicht erforderlich erachten. Der Arzte darf leichte Speise einnehmen. (W. L.)

Am 5. März: T. A. 6.42 U. 5.42. Danzig, 4. März, M. a. 8.7. T. M. u. 8.37.

Wetterausichten für Mittwoch, 5. März, auf Grund der Berichte der deutschen Seewarte, und zwar für das nordöstliche Deutschland:

Meist wolkliger Himmel; vielfach Niederschläge. Frische Winde. Temperatur wenig verändert.

Für Donnerstag, 6. März:

Wenig veränderte Temperatur; mäßige Winde. Hier und da Niederschläge. Meist bedeckt.

Für Freitag, 7. März:

Wolzig, strichweise bedeckt. Einige sinkende Temperatur und schwache bis mäßige Winde.

Für Sonnabend, 8. März:

Temperatur wenig verändert. Veränderlich. Schwache Winde und stellenweise Niederschlag.

* [Das Resultat der westpreußischen Stichwahlen] liegt zwar auch heute noch nicht abgeschlossen vor, doch läßt sich dasselbe mit zweifelloser Sicherheit übersehen. In Danzig (Stadt) haben die Freisinnigen, in Marienwerder-Stuhm und Dt. Krone haben die Cartellparteien ihre Mandate behauptet, dagegen ist Graudenzen-Strasburg vom Cartell und Rosenburg-Löbau von den Conservativen an die Polen, Danzig (Land) von den Conservativen an die Centrumspartei verloren worden. Die Polen haben also in unserer Provinz (incl. Thorn-Kuim) drei Wahlkreise, die Centrumspartei hat einen Wahlkreis gewonnen. Von diesen vier Mandaten haben die Nationalüberalen zwei und die Conservativen zwei verloren.

Im Danziger Landkreise hat sich das gestern angegebene ungefähre Stimmenvorhängt durch die noch hinzugekommenen Einzel-Resultate nicht wesentlich verschoben.

Im Wahlkreis Stuhm-Marienwerder, wo nur noch ein Wahlbezirk fehlt, sind für Müller (freicons.) 8758, für v. Domirski (Pole) 8161 Stimmen abgegeben worden. Müller hat also mit einer absoluten Mehrheit von kaum 300 Stimmen gesiegt.

Im Wahlkreis Rosenberg-Löbau sind bis jetzt für v. Oldenberg (cons.) 8043, für Dr. Rzepniowski (Pole) 7824 Stimmen gezählt. Da aber noch 8 Bezirke mit ca. 1000 Stimmen fehlen, die zu zwei Dritteln polnisch sind, ist der Sieg des Polen mit ca. 100-200 Stimmen Mehrheit nicht mehr zweifelhaft.

Im Wahlkreis Graudenzen-Strasburg ist nur noch aus 4 polnischen Bezirken das Resultat unbekannt. Da Hobrecht (nationalliberal) 10 157, der Pole v. Rzepniowski 10 174 Stimmen hat, wird auf 200-250 Stimmen Mehrheit für letzteren gerechnet.

Eine weitere Beleuchtung dieser Zahlen behalten wir uns vor, bis die amtlich ermittelten Gesamtresultate vorliegen.

* [Von der Weltzeit.] Nach einer Depesche aus Auln ist dort der Dampfertraject wieder hergestellt. Passagiere müssen jedoch eine Strecke weit über das Eis gehen. Auch findet die Beförderung nur bei Tage statt. Die Eisstopfung in der unteren Weichsel, welche sich bei Auln gebildet hatte, ist jetzt durch die Eisbrechdampfer völlig beseitigt und diese sind wieder bis Rothebude gelangt. Im übrigen wird die Stromsituation noch immer durch starke neue Eisbildung komplett.

* [Schiffahrt-Nachricht.] Von dem Reichsmarineamt traf nachstehendes Telegramm ein: Feuerschiff „Geniusbank“, in der Jade, hat am 2. März Eisgang halber seine Station verlassen.

* [Alpenverein.] Die Section Danzig des deutsch-österreichischen Alpenvereins hielt gestern im Lokale der naturforschenden Gesellschaft ihre Sitzung, in welcher eine Anzahl Jahresberichte verschiedener Sections sowie eine von der Section Hannover verfaßte Petition an das Abgeordnetenhaus um Einführung des Sondertarifs auf den Eisenbahnen vorgelegt wurden. Es wurde beschlossen, diese Petition von dem Vorstand unterschrieben abzufinden. Die Herren Dr. Schönmann und Dr. Hauff hielten alsdann kurze Vorträge; ersterer über seine auf Reisen in den Alpen erlebten Naturereignisse und Beobachtungen, letzterer über seine vierjährige Reise.

* [Naturforschende Gesellschaft.] In der morgenden Sitzung wird, worauf wir Interessenten besonders hinweisen, Herr Gasanstalts-Director Kunath einen Vortrag über „centrale Kraftversorgung durch Luftdruck“ halten.

* [Genossenschafts-Verband.] Dem Verband ost- und westpreußischer Genossenschaften ist vom Handelsminister auf Grund der §§ 52 und 55 des neuen Genossenschaftsgesetzes das Recht zur Bestellung eines Rektors für die dem Verband angehörenden Genossenschaften ertheilt worden.

* [Abiturientenprüfung.] Heute Vormittag fand im Realgymnasium zu St. Johann unter dem Vorsitz des Herrn Schlemeth Dr. Kruse die mündliche Abiturientenprüfung statt. Den 7 in dieselbe eingetretenen Primaner Franz Bartsch, Paul Bruder, Paul Fischer, Bernhard Freyer, Paul Alau, Ernst Preuß, Emil Schulke wurde das Zeugnis der Reife ertheilt, und zwar Bruder, Fischer, Freyer, Preuß und Schulke unter Erfolg des mündlichen Examens. Einer der Abiturienten, welcher die schriftliche Prüfung gemacht hat, konnte leider wegen Erkrankung diesen Termin nicht wahrnehmen.

* [Schwurgericht.] Die Geschworenen hatten sich heute mit zwei Anklagefächern zu beschäftigen, von welchen die erste gegen den Bäckergehilfen Emil Nasse aus Guteherberge gerichtet war. Wie wir s. j. mittheilte haben, war in der Nacht vom 18. zum 19. Januar in der Bäckerei der Frau Morsack in Guteherberge ein Streit zwischen dem Werkführer Strübing und dem Angeklagten entstanden, welcher damit endete, daß der Angeklagte seinem Gegner mit einem scharfen, spitzen Brodmesser zwei Stiche versetzte, welche nach etwa 10 Minuten den Tod des Strübing herbeigeführt haben. Nasse, welcher am nächsten Tage verhaftet wurde, gab an, er habe Strübing zur Pege festgestellt, weil dieser ihn immer des Sonntags zum Anfassen des Teiges comandirt habe. Er sei mit ihm in einen Wortwechsel gerathen, in welchem er von Strübing, der im Besitz großer Körperkräfte gewesen sein soll, einige Schläge auf den Kopf erhalten habe, so daß er zu Boden gestürzt sei. Nunmehr habe Strübing das Hackmesser ergreift und ihm mit denselben gedroht. In der Furcht, derselbe würde ihn tödlich schlagen, sei er nach dem Tische gesprungen, wo das Brodmesser lag, habe es ergreift und nach dem Strübing zwei Stiche geführt, von denen er nicht begreifen könnte, wie sie hätten tödlich sein können. Von diesen Angaben widen jedoch die Aussagen der Zeugen sehr wesentlich ab. Sie hatten allerdings auch den Streit gesehen, allein denselben für beendet gehalten, da Strübing ruhig stehen geblieben sei, während Nasse wegging und von einem ziemlich 9 Schritt entfernten Tische sich das dort für gewöhnlich steckende Messer holte. Sie stellten ferner ganz entschieden in Abrede, daß Strübing das Hackmesser in der Hand gehalten habe, denn nachdem er die Stiche erhalten hatte, habe er beide Hände über den Wunden zusammengehalten. Nach dem Gutachten der Sachverständigen waren beide Stiche mit großer Gewalt geführt worden, so daß jede Verletzung an sich tödlich war. Die Geschworenen bejahten die Guiltfrage, bewilligten aber dem Angeklagten milde Umstände, worauf derselbe zu 3½ Jahren Gefängnis verurtheilt wurde. — Eine zweite Anklage wegen Verbrechens gegen die Gültigkeit wurde Nachmittags unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelt.

* [Neues Forsthaus in Grenzau.] In dem vielen Soppoter Sommergästen und anderen Waldbouristen als beliebter Stationspunkt bekannten Forsttabakstall Grenzau (zwischen Soppot und Oliva) wird der Förster, gleich seinem Collegen in Laubewasser, nun auch ein neues Heim erhalten. Das alte, etwas verfallene und unrennläufige Wohnhaus soll im bevorstehenden Frühjahr abgebrochen und durch einen freundlichen Neubau ersetzt werden.

[Polizeibericht vom 4. März.] Verhaftet: 1 Tischler wegen Sachbeschädigung, 1 Schreiber wegen Diebstahl, 1 Arbeiter wegen Widerstandes, 1 Arbeiter wegen Verhinderung der Arrestirung, 9 Döbischlöse, 4 Bettler, 1 Dirne. — Gestohlen: 1 schwarzer Sommerüberzieher, 1 Portemonnaie, enthaltend 5 Mk. und 1 goldenen Trauring gej. 3. M. 16. 2. 90, 6 Mk., 1 silberne Remontouruhr Ar. 57 970/2593 mit kurzer filigraner Kette, 1 silberne Taschenuhr mit Nickelkette, 1 braunes Kleid, 1 schwarzes Kleid, 3 Frauenhemden, 4 Schürzen, 5 Schlüssel. — Verlorene: 1 Portemonnaie mit ca. 8 Mk. Inhalt, darunter ein Zweimarkstück mit dem Bildnis des Kaisers Friedrich; abgegeben bei Th. Dinklage, Breitgasse 119 I. — Gefunden: 1 Reisetasche, 1 gehäkelte Mädchennähle, 1 Taschenmesser, 1 Portemonnaie mit Inhalt, 1 Pfund, 2 Paar Handschuhe, 1 Arbeitsbuch; abzuholen von der Polizei-Direction.

* Auf dem Bahnhofe Güldenboden ereignete sich am Freitag Vormittag in Folge des strengen Frostes ein Unfall. Als die dortige Wasserstation, welche die Lokomotiven der auf der Strecke Güldenboden-Möhren verkehrenden Züge mit Wasser versieht, in Betrieb geht und zu diesem Zwecke der Vorwärmer angeheizt werden sollte, zeigten sich die Röhren in dem lehneren zugefroren, und es fand in Folge dessen eine Explosion desselben statt. Verletzungen von Menschen sind glücklicher Weise nicht vorgekommen, dagegen ist das Dach der Wasserstation, durch welches die zerplasterten Eisenhüte geschieben wurden, erheblich beschädigt. (E. J.)

Marienburg, 3. März. Ein Wahleariorum hat sich bei der Gleichwahl in Rehhof bei Gruhn ereignet, wo der Todtenträger Bander als Stimmzettelreihenter für Oberbürgermeister Müller fungierte, indem auf einem Zettel geschrieben stand: „Den Herrn Müller wähle ich nicht, ich wähle den Todtenträger Bander.“ Wahrscheinlich hielt dieser Wähler den Hrn. B. für die geeignete Person, den alten Reichstag zu begraben.

M. Stolp, 3. März. In unserer Aristo-Kratze gehen mitunter interessante Dinge vor sich. So lieferte eine Frau v. Bzowitsch in dem vor dem hiesigen Schwurgericht in voriger Woche verhandelten Meineidsprozeß gegen den Mühlstädt-Pommern einen sehr drastischen Beweis für den zweifelhaften Werth des kühnen Wortes: noblesse oblige. Frau v. Bzowitsch ist die Frau des Rittergutsbesitzers v. Bzowitsch auf Lechlin und hat nebenbei ein Faible für Geldgeschäfte mit recht hohen Erträgen. So förderte die Beweisaufnahme die interessante Thatsache vor Tage, daß Frau v. B. dem Angeklagten zu wiederholten Malen Summen zur Übernahme öffentlicher Arbeiten vorgesetzt, für welche sie sich außer 5 Prozent Juros noch

einen Anteil am Gewinn des Darlehnsnehmers sicherte. So mußte p. der Frau v. B. bei einer Lieferung 50 Pf. für jeden Kubikmeter und bei einer Rieslieferung 50 Pf. für jeden Kubikmeter „als Gewinnanteil“ abgegeben. Dieser „Gewinnanteil“ in Gemeinschaft mit den 5 Proc. Juros brachte Frau v. B. eine Verzinsung ihres Kapitals mit sage und schreibe 45 Proc. ein. Die Beschriftungen des Gemahls der Frau v. B., welche dieser nach der Beweisaufnahme seiner Frau gegenüber dahin geäußert, daß sie mit ihren Geldgeschäften doch noch einmal vor den Staatsanwalt kommen werde, haben sich „wegen Verjährung“ der Sache als unbegründet erwiesen. Der Angeklagte wurde von den Geschworenen übrigens freigesprochen.

Ein zweiter Fall betrifft den Geldstrom einer adeligen Dame, welcher gestern hier selbst erfolgte. Frau v. B. aus dem berühmten Lapover-Hause gab sich durch Bergsteigen mit Arsenik, wie man sagt, in einem Anfälle von Melancholie, den Tod.

Königsberg, 3. März. Die „Königsb. Allgem. Zeit.“ schreibt heute: „Das Verhalten der Sozialdemokraten am Abende des Glückwaltungstages muß im allgemeinen als ein durchaus correctes bezeichnet werden — ein Beweis, daß die Ernährungen der Führer bei den Massen gefruchtet haben. Noch sind am Sonnabend mehrfach sehr große und schwere Exzesse zu verzeichnen gewesen, indessen — um der Wahrheit die Ehre zu geben — hat es sich durch die polizeilichen Ermittlungen herausgestellt, daß jene Ruhestörungen und Ausschreitungen ausnahmslos von jungen, noch nicht wohlwährenden Burschen ausgegangen sind. Den ältesten Arawall gab es in der Steilen Straße an der Ecke der Alten Reiserau. Dort hielt sich bald eine nach Hunderden zahlende Menschenmenge angedammt. Jugendliche Arbeiter aus den Wallgauen und der Umgegend hatten mit Flegten und Brechstangen die zu dem bereits geschlossenen Destillationsgeschäft führende Eingangstür, sowie die Fensterladen und Fenster zertrümmert und hierauf in dem Restaurantslokal und einem anderen Zimmer eine vollständige Verwüstung angerichtet, indem sie Flaschen, Stühle, Bänke, Gophas, kurz alles, was nicht niet- und nagelstark war, kurz und klein schlugen. Der anrückenden Schuhmanns-Patrouille gelang es erst, als die Beamten blank zogen, die Menschenmassen auseinander zu bringen. Hierbei wurden mehrere Revolverschüsse aus der Menge abgefeuert, glücklicherweise ist jedoch, soweit bekannt geworden, niemand verletzt.

* In Königsberg ist jetzt auch eine Commission für die Prüfung der Maschinisten auf Seeschiffen eingestellt worden.

▼ Insterburg, 3. März. Der Besuch des hiesigen Realgymnasiums ist in den letzten Jahren stetig zurückgegangen. Gegenwärtig befinden sich in Ober- und Unterprima nur je ein Schüler. Es geht deshalb das Provincial Schulcollegium in Königsberg mit der Absicht um, diese Anstalt ganz einzugehen zu lassen und die hier vorhandene 8klassige Mittelschule zu einer höheren Bürgerschule zu erheben. Wie verlautet, schweben bereits Unterhandlungen zwischen dem Magistrat und der oberen Schulbehörde wegen dieser Angelegenheit. Vorauftisch wird der Plan sehr bald seiner Verwirklichung entgegengeführt werden.

* Der dem Gumbinner Regierungs-Collegium angehörige Regierungsrath Möller ist dem Cultusministerium zur commissarischen Beschäftigung überwiesen worden.

Gartenarbeiten im März.

Auf Rasenflächen, welche über Winter mit kräftiger Dungerde überdüngt wurden, ist dieselbe bei gelindem Wetter einige Male mit der Harke tüchtig durchzurütteln, damit die noch vom Winter her liegen gebliebenen Erdstücke zertheilt und gleichmäßig über den Rasen ausgetragen werden. Auf feuchten oder von Gehölzgruppen zu sehr beschatteten und mit Moos bewachsenen Stellen des Rasens sollte mit einer scharfspringenden, eisernen Harke das Moos ausgerissen, mit gesetztem Kak und Asche, sowie etwas guter Erde düngt, die ganze moosbewachsene Fläche mit einer Harke umgehakt und dann mit Grasrasen frisch angefaßt werden. Das Gleiche geschieht auch mit jedem anderen Rasenstück, das dünn und stellig wird, wenn man es nicht vorzieht, dasselbe frisch zu düngen, umgraben und neu anzupflanzen. — Auf halbwarmen Mistboden-sät man gegen Mitte und Ende dieses Monats alle Sommergewächse, auf kalte Räumen die Sommerlebhaben aus und sorgt besonders bei letzteren nach dem Aufgehen für reichliches Lüften, so wie die Temperatur über Null steht. In den nächsten Wochen ist auch eine wichtige Arbeit im Obstgarten vorzunehmen: Obstbäume, welche eine schlechte Sorte tragen oder unfruchtbar sind, müssen jetzt umgepflanzt werden. Mit Erfolg kann dies bei allen Kernobstbäumen, welche gesund und lebenskräftig sind, vorgenommen werden; alte Bäume eignen sich dagegen nicht mehr dazu. Beim Steinobst will es bei älteren Bäumen wegen des Gummißusses auch nicht klappen. Das Verfahren des Umpfropfens ist folgendes: Man stutzt die Arone ähnlich wie beim Verjüngen, d. h. man schneidet die Äste etwa auf 1/2 ihrer Länge je nach der Stärke der Zweige ab. Bei starken Bäumen werden sämmtliche Äste bis auf 3-4 der selben eingefügt, während man 3 bis 4 ungefährte Äste stehen läßt, damit der Baum durch dieselben die in ihm abgelagerten Nährstoffe, wie auch die, welche ihm die Wurzeln zuführen, verarbeiten kann. Bei schwächeren Bäumen werden sämmtliche Äste gleichzeitig gestutzt, es bleiben nur die schwachen Seitenzweige an denselben stehen. Als beste Veredelungsweise ist dabei das Triangulieren und das gewöhnliche Pfropfen und das Proppen hinter der Rinde zu empfehlen. Erstere wird angewendet, wenn die Bäume noch nicht in Graft sind, letztere später, wenn der stärkste Graftstrom vorüber ist. Zu beachten ist, daß die Edelreiser früher geschnitten und an einem kühlen Ort aufbewahrt werden müssen, so daß die Knöpfe erhalten sind; ferner daß man nur frühtreibende Sorten auf eine Unterlage, die ebenfalls frühtreibend ist, pfropft, nie eine spätreibende Sorte auf einen frühtreibenden Baum, weil in solchen Fällen leicht der Krebs eintritt. 5-8 Centim. Durchmesser starken Ästen setzt man 3-4 Edelreiser auf, die im Umkreis gleichmäßig verteilt werden müssen, schwächeren Ästen erhalten 1-2 Edelreiser. Die 3 bis 4 Edelreiser werden deshalb an der Pfropfstelle aufgesetzt, damit die Überwallung schneller erfolgt. Nach der Verarbeitung im nächsten oder zweiten Jahre wird die überzähligen Reiser fortgeschnitten. Zum Schutze der Reiser gegen Abbrechen durch Wind oder Vögel befestigt man an den betreffenden Astenden Stäbe von 30-40 Centim. Länge, welche über die Veredelungsstelle hinausreichen, um die jungen Triebe an dieselben anbinden zu können. Selbstverständlich müssen alle aufgesetzten Reiser an der Pfropfstelle mit Baste verbunden und die Wundstellen mit Baumwachs gut verstriichen werden. Der Bast ist, sobald die Edelreiser 10-20 Centim. lange Triebe gemacht haben, zu lösen. Im nächsten Frühjahr werden die Edelreiser 1/2 ihrer Länge geschnitten, um sie stämmiger und kräftiger zu machen. Der Schnitt muß auch in den folgenden 2 Jahren ausgeführt und zugleich die Baumkrone geschnitten werden, wie auch diejenigen edlen Zweige, die nach dem Innern der Krone wachsen oder zu dicht stehen. Nach 3 Jahren ist die Baumkrone neu gebildet und wird die angewendete Milie meistens schon durch eine Anzahl schöner Früchte belohnt.

Bermischte Nachrichten.

* In Krakau sind durch einen Erdsturz 7 Häuser verschüttet und mehrere Personen getötet worden.

Schiffs-Nachrichten.

New York, 2. März. Der Capitän des norddeutschen Lloyd-Dampfers „Ems“, am 26. Febr. von der Wehr

</div

Die Eröffnung eines zweiten Cigarren-Geschäfts Langgasse No. 45, Eingang Matzkausche Gasse, erlaubt sich ergebenst anzugeben und bittet um geneigtes Wohlwollen

Wilhelm Otto,

Langgasse Nr. 45, Eingang Matzkausche Gasse.

Milchkannengasse Nr. 1, vis-à-vis der Sparkasse.

CACAO-VERO
HARTWIG & VOGEL
DRESDEN

In Danzig bei A. Fast, J. S. Amort Nachf., F. Borski, G. Berent, Brachan u. Janicki, H. Enk, Adolf Gick, F. G. Gossing, Friedrich Groth, Gustav Gwandka, Gustav Henning, Gustav Heinecke, Gustav Jerichow, Willy Kratz, Carl Löhn, Alons Kirchner, B. L. von Kolkow, J. Loevenstein, Paul Liebert, Robert Laaser, Hermann Liechau, W. Nachtmann, Albert Neumann, A. W. Prah, Carl Pätzold, Otto Piegel, G. F. Sonnenschein, C. Sakersdorff, Carl Studt, A. C. Schmidt, D. G. Schulz, Gustav Schwar, Oskar Unruh, Paul Vorbusch, Joh. Wedhorn, Alex. Wiesch, H. Manteuffel; in Langfuhr bei G. Kroeling, A. H. Zimmermann Nachf.; in Sopot bei Paul Unger, S. Mener.

**Einzig sichere Garantie
für richtige Kohlenlieferung.**

Der Kohlenbedarf hat wegen der jetzigen hohen Preise so an Bedeutung gewonnen, daß es jeder Haushaltung darum zu thun sein muß, ihre Beilege in diesem Artikel aufs Blut und kontrollieren zu können, was mit absoluter Sicherheit nur allein durch untern Patenturten.

Centesimal-Wiege-Wagen

geschehen kann, wodurch den Consumenten Gelegenheit geboten wird, die bestellten Kohlen vor der Thürre sich vorwiegen zu lassen.

Wir empfehlen deshalb diese Waage im alleinigen Interesse

des geehrten Bürgers zu zahlreichem Bezug von schlesischen

Kohlen besserer Marken.

A. Harsdorff u. F. Tornau,
Dogenfuß 60 und Ottbahnhof.

Neue Synagoge.

Purimfest.
Mittwoch, 5. März cr., Gottesdienst und Predigt 5½ Uhr Abends.

Die Verlobung unserer Tochter Anna mit dem Conditor Herrn Robert Michel beeindruckt uns hiermit ergebnis anzuzeigen.

Danzig, den 3. März 1890.

Fr. Raabe und Frau.

Anne Raabe
Robert Michel
Verlobte.
Langfuhr. Bromberg.

Heute Morgen 2 Uhr entschlief sonst nach schwerem Leiden meine liebe Frau

Hulda Johanna Farr, geb. Joachim, was ich statt jeder besonderen Meldung zugleich im Namen der Hinterbliebenen anzeige.

Danzig, 4. März 1890.
Hermann Farr.

Die Beerdigung meines Mannes Julius Briesewitz findet Donnerstag, Nachm. 3 Uhr vom Trauerhause Breitgasse 92 aus nach dem St. Marienkirchhof statt.

Bertha Briesewitz geb. Brohl.

Concursverfahren.
In dem Concursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns und Königl. Lotterie-Einnehmers Carl Behrendt de Tuyn zu Danzig (in Firma Carl de Tuyn & Co.) ist in Folge eines von dem Gemeinschaftner gemachten Vorschlags zu einem Zwangsvergleiche Derglestermin auf

den 21. März 1890, vor dem Königlichen Amtsgerichte XI. hier selbst, Zimmer Nr. 42, anberaumt.

Danzig, den 27. Februar 1890.
Gregorienski, Gerichtsschreiber des Königlichen Amtsgerichts XI. (1882)

Original-Losse und Anteilscheine der der Schaffertreibes-Lotterie zu verschiedenen Preisen.

Lotterie der Deutschen Arbeiter-Waffenhaus-Lotterie d. M. 1. Stettinerburger Seid-Lotterie, Hauptgewinn M. 90 000. Losse d. M. 3 bei 18860.

Eh. Berlinia, Gerbergasse 2.

Rinderpökelnungen, fertig zum Aufschliff, in Dose, ca. 3 Pf. schwer,

à Dose 3 Mk.

Rinderpökelfleisch, 1 Pfund-Dose englisch 1.00 Mk.

2 Pfund Dosen 1.60 Mk.

Anhovis in Gläs. 50 Pfsg.

russ. Gardinen 50 Pfsg. pro Glas

Delicatess-Heringe in Tomaten-, Bouillon und Mir-Pickles-Sauce, à Dose 1.50 Mk. (18650)

empfiehlt F. E. Gossing,

Jopen- und Portekaisengassen-Ecke 14.

**Frische
gesäßlag. Bander** empfiehlt A. W. Prahls, Brettagasse Nr. 17.

ein sichteres Hypotheken-Dokument über 80 000 Mk., eingetragen auf einen äußerst renommierten Rittergute, ist mit 3000 Mk. Damno leg. zu bedenken.

Abr. unter 9551 in der Exped.

dieser Zeitung erbieten.

*) Die vielfach von anderer Seite angekündigten Thees zu niedrigeren Preisen sind ihrer zu geringen Qualität wegen nicht zu empfehlen.

Depots in Danzig bei A. Fast und Willy Kratz.

Abr. unter 9551 in der Exped.

dieser Zeitung erbieten.

Ein sichteres Hypotheken-Dokument über 80 000 Mk., eingetragen auf einen äußerst renommierten Rittergute, ist mit 3000 Mk. Damno leg. zu bedenken.

Abr. unter 9551 in der Exped.

dieser Zeitung erbieten.

Ein sichteres Hypotheken-Dokument über 80 000 Mk., eingetragen auf einen äußerst renommierten Rittergute, ist mit 3000 Mk. Damno leg. zu bedenken.

Abr. unter 9551 in der Exped.

dieser Zeitung erbieten.

Ein sichteres Hypotheken-Dokument über 80 000 Mk., eingetragen auf einen äußerst renommierten Rittergute, ist mit 3000 Mk. Damno leg. zu bedenken.

Abr. unter 9551 in der Exped.

dieser Zeitung erbieten.

Ein sichteres Hypotheken-Dokument über 80 000 Mk., eingetragen auf einen äußerst renommierten Rittergute, ist mit 3000 Mk. Damno leg. zu bedenken.

Abr. unter 9551 in der Exped.

dieser Zeitung erbieten.

Ein sichteres Hypotheken-Dokument über 80 000 Mk., eingetragen auf einen äußerst renommierten Rittergute, ist mit 3000 Mk. Damno leg. zu bedenken.

Abr. unter 9551 in der Exped.

dieser Zeitung erbieten.

Ein sichteres Hypotheken-Dokument über 80 000 Mk., eingetragen auf einen äußerst renommierten Rittergute, ist mit 3000 Mk. Damno leg. zu bedenken.

Abr. unter 9551 in der Exped.

dieser Zeitung erbieten.

Ein sichteres Hypotheken-Dokument über 80 000 Mk., eingetragen auf einen äußerst renommierten Rittergute, ist mit 3000 Mk. Damno leg. zu bedenken.

Abr. unter 9551 in der Exped.

dieser Zeitung erbieten.

Ein sichteres Hypotheken-Dokument über 80 000 Mk., eingetragen auf einen äußerst renommierten Rittergute, ist mit 3000 Mk. Damno leg. zu bedenken.

Abr. unter 9551 in der Exped.

dieser Zeitung erbieten.

Ein sichteres Hypotheken-Dokument über 80 000 Mk., eingetragen auf einen äußerst renommierten Rittergute, ist mit 3000 Mk. Damno leg. zu bedenken.

Abr. unter 9551 in der Exped.

dieser Zeitung erbieten.

Ein sichteres Hypotheken-Dokument über 80 000 Mk., eingetragen auf einen äußerst renommierten Rittergute, ist mit 3000 Mk. Damno leg. zu bedenken.

Abr. unter 9551 in der Exped.

dieser Zeitung erbieten.

Ein sichteres Hypotheken-Dokument über 80 000 Mk., eingetragen auf einen äußerst renommierten Rittergute, ist mit 3000 Mk. Damno leg. zu bedenken.

Abr. unter 9551 in der Exped.

dieser Zeitung erbieten.

Ein sichteres Hypotheken-Dokument über 80 000 Mk., eingetragen auf einen äußerst renommierten Rittergute, ist mit 3000 Mk. Damno leg. zu bedenken.

Abr. unter 9551 in der Exped.

dieser Zeitung erbieten.

Ein sichteres Hypotheken-Dokument über 80 000 Mk., eingetragen auf einen äußerst renommierten Rittergute, ist mit 3000 Mk. Damno leg. zu bedenken.

Abr. unter 9551 in der Exped.

dieser Zeitung erbieten.

Ein sichteres Hypotheken-Dokument über 80 000 Mk., eingetragen auf einen äußerst renommierten Rittergute, ist mit 3000 Mk. Damno leg. zu bedenken.

Abr. unter 9551 in der Exped.

dieser Zeitung erbieten.

Ein sichteres Hypotheken-Dokument über 80 000 Mk., eingetragen auf einen äußerst renommierten Rittergute, ist mit 3000 Mk. Damno leg. zu bedenken.

Abr. unter 9551 in der Exped.

dieser Zeitung erbieten.

Ein sichteres Hypotheken-Dokument über 80 000 Mk., eingetragen auf einen äußerst renommierten Rittergute, ist mit 3000 Mk. Damno leg. zu bedenken.

Abr. unter 9551 in der Exped.

dieser Zeitung erbieten.

Ein sichteres Hypotheken-Dokument über 80 000 Mk., eingetragen auf einen äußerst renommierten Rittergute, ist mit 3000 Mk. Damno leg. zu bedenken.

Abr. unter 9551 in der Exped.

dieser Zeitung erbieten.

Ein sichteres Hypotheken-Dokument über 80 000 Mk., eingetragen auf einen äußerst renommierten Rittergute, ist mit 3000 Mk. Damno leg. zu bedenken.

Abr. unter 9551 in der Exped.

dieser Zeitung erbieten.

Ein sichteres Hypotheken-Dokument über 80 000 Mk., eingetragen auf einen äußerst renommierten Rittergute, ist mit 3000 Mk. Damno leg. zu bedenken.

Abr. unter 9551 in der Exped.

dieser Zeitung erbieten.

Ein sichteres Hypotheken-Dokument über 80 000 Mk., eingetragen auf einen äußerst renommierten Rittergute, ist mit 3000 Mk. Damno leg. zu bedenken.

Abr. unter 9551 in der Exped.

dieser Zeitung erbieten.

Ein sichteres Hypotheken-Dokument über 80 000 Mk., eingetragen auf einen äußerst renommierten Rittergute, ist mit 3000 Mk. Damno leg. zu bedenken.

Abr. unter 9551 in der Exped.

dieser Zeitung erbieten.

Ein sichteres Hypotheken-Dokument über 80 000 Mk., eingetragen auf einen äußerst renommierten Rittergute, ist mit 3000 Mk. Damno leg. zu bedenken.

Abr. unter 9551 in der Exped.

dieser Zeitung erbieten.

Ein sichteres Hypotheken-Dokument über 80 000 Mk., eingetragen auf einen äußerst renommierten Rittergute, ist mit 3000 Mk. Damno leg. zu bedenken.

Abr. unter 9551 in der Exped.

dieser Zeitung erbieten.

Ein sichteres Hypotheken-Dokument über 80 000 Mk., eingetragen auf einen äußerst renommierten Rittergute, ist mit 3000 Mk. Damno leg. zu bedenken.

Abr. unter 9551 in der Exped.

dieser Zeitung erbieten.

Ein sichteres Hypotheken-Dokument über 80 000 Mk., eingetragen auf einen äußerst renommierten Rittergute, ist mit 3000 Mk. Damno leg. zu bedenken.

Abr. unter 9551 in der Exped.

dieser Zeitung erbieten.

Ein sichteres Hypotheken-Dokument über 80 000 Mk., eingetragen auf einen äußerst renommierten Rittergute, ist mit 3000 Mk. Damno leg. zu bedenken.

Abr. unter 9551 in der Exped.

dieser Zeitung erbieten.

Ein sichteres Hypotheken-Dokument über 80 000 Mk., eingetragen auf einen äußerst renommierten Rittergute, ist mit 3000 Mk. Damno leg. zu bedenken.

Abr. unter 9551 in der Exped.

dieser Zeitung erbieten.

Ein sichteres Hypotheken-Dokument über 80 000 Mk., eingetragen auf einen äußerst renommierten Rittergute, ist mit 3000 Mk. Dam